

Unterstützende Erklärung der Gemeinde/der Stadt/des Landkreises

zum 5. Klimapakt zwischen dem Land und den Kommunalen Landesverbänden nach § 5 Absatz 2 KlimaG BW

1. Die Folgen eines weiter fortschreitenden Klimawandels stellen weltweit, aber auch für die Menschen in Deutschland eine ernste Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen dar. Um diesen Entwicklungen wirksam entgegenzutreten, bedarf es verbindlicher internationaler und nationaler Initiativen, aber auch konsequenten Handelns im Land und vor Ort. Alle sind dazu aufgerufen, ihren Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaresilienz zu leisten. Unter der Voraussetzung eines ambitionierten Klimaschutzes sind zeitgleich auch Maßnahmen zum Umgang mit den nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels wichtig. Der öffentlichen Hand kommt dabei für ihren Organisationsbereich eine allgemeine Vorbildfunktion zu. Dazu stehen wir.

2. Die Gemeinde/Stadt/der Landkreis _____ verfolgt daher das Ziel, bis zum Jahr _____ (gemäß § 10 KlimaG BW muss die Klimaneutralität bis spätestens 2040 erreicht sein) eine klimaneutrale Verwaltung zu erreichen.

Absätze 3 bis 8 ergänzend:

3. Die Gemeinde/Stadt/der Landkreis _____ hat bereits in der Vergangenheit verschiedene Klimaschutzmaßnahmen in vorbildlicher Weise umgesetzt:

4. Die Gemeinde/Stadt/der Landkreis _____ hat bereits in der Vergangenheit verschiedene Klimaanpassungsmaßnahmen in vorbildlicher Weise umgesetzt:

5. Die Gemeinde/Stadt/der Landkreis _____ hat einen Klimacheck in die einschlägigen Beschlussvorlagen des Hauptorgans (Gemeinderat/Kreistag) mit möglichem Klimaschutzbezug aufgenommen.

6. Die Gemeinde/Stadt/der Landkreis _____ will auch künftig an der Erfüllung der Vorbildfunktion weiterarbeiten:

7. Die Gemeinde/Stadt/der Landkreis _____ hat einen Klimamobilitätsplan oder Aktionsplan für Mobilität, Klima- und Lärmschutz (Nichtzutreffendes bitte streichen) vorliegen, der am _____ im zuständigen Gremium beschlossen wurde.

8. Der Gemeinderat/Kreistag hat in seiner Sitzung am _____ über die unterstützende Erklärung beraten und zugestimmt.

Ort, Datum

Bürgermeister/in, Oberbürgermeister/in, Landrat/-rätin

Bitte zurücksenden an Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Postfach 103439, 70029 Stuttgart